

Nationale und internationale Perspektiven des Föderalismus

Zum Wirtschaftsforum 2000 des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung fanden sich rund 200 Teilnehmer ein. Auch in diesem Jahr standen neben Vorträgen hochkarätiger Vertreter aus Politik und Wissenschaft das Konjunkturforum und die Vorstellung aktueller Forschungsergebnisse des ZEW auf dem Programm.



Professor Dr. Wolfgang Franz (links im Bild) konnte als Redner begrüßen: Gerhard Stratthaus, Professor Dr. Georg Milbradt und Karl Diller.

Die Auftaktveranstaltung des ZEW-Wirtschaftsforums beschäftigte sich mit dem Thema „Nationale und internationale Perspektiven des Föderalismus“. ZEW-Präsident Professor Dr. Wolfgang Franz konnte hierzu den baden-württembergischen Finanzminister Gerhard Stratthaus, den sächsischen Finanzminister Professor Dr. Georg Milbradt und den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, als Redner willkommen heißen.

„Mehr Eigenverantwortung der Bundesländer“

Gerhard Stratthaus trat in seinem Vortrag für mehr konstruktiven Wettbewerb zwischen den Bundesländern ein. Der Föderalismus habe eine lange Tradi-

tion in Deutschland. Aber trotz der Erfolge, die man im föderalen System erreicht habe, sei in letzter Zeit der Ruf nach einer Reform des Föderalismus laut geworden. Der Bund habe gegenüber den Ländern ein erdrückendes Übergewicht gewonnen, und die Selbstbestimmung der Länder sei mittlerweile beinahe zur Ausnahme geworden, sagte Stratthaus. Er forderte wieder mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung für die Länder, vor allem bei der Gesetzgebung. Der Grundsatz müsse lauten, „So viel Landesgesetzgebung wie möglich, so wenig Bundesgesetzgebung wie nötig“. Weiterhin sei eine größere Steuerautonomie der Länder erforderlich.

Ein wesentlicher Punkt für eine gelungene Reform des bundesstaatlichen Föderalismus sei die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs, erklärte Strat-

haus. Das geltende System sei leistungsfeindlich, weil es zusätzliche Steuereinnahmen eines Landes zum Großteil abschöpfe und umverteile. Diese Verfahrensweise gebe den Ländern keinen Anreiz zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Rahmenbedingun-

In dieser Ausgabe

ZEW Wirtschaftsforum 2000	1
Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik	4
Fachpersonalmangel	5
Konsumeffekte von Zinsänderungen	6
Existenzgründungen durch Arbeitslose	7
ZEW Summer Workshop	8
ZEW-Konferenz	9
ZEW-Seminar, Neuerscheinungen	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

Forschungsergebnisse

gen und führe zu einer Nivellierung, die nicht akzeptabel sei. Wirtschaftlicher Erfolg müsse sich für das einzelne Land in höheren Steuereinnahmen widerspiegeln. Stratthaus vertrat die Meinung, dass es die Entwicklung Deutschlands insgesamt behindern würde, wenn der Wettbewerb zwischen den Ländern nicht intensiviert werde.

„Differenzierung als Mittel zum Wettbewerb“

Der Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen, Prof. Dr. Georg Milbradt, betonte zu Beginn seiner Rede, dass er in weiten Teilen mit den Worten seines Vorredners übereinstimme. Föderalismus bedeute, auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu akzeptieren. Deren Gestaltungsspielraum sei jedoch immer geringer geworden, während der Bund immer mehr an Bedeutung gewonnen habe und zu stark nach Vereinheitlichung strebe. Er schlage deshalb vor, die Kompetenzen von Bund und Ländern im Rahmen einer Reform des Föderalismus zu entflechten.

Der sächsische Finanzminister sagte, dass der Föderalismus die Vereinigung der sehr verschiedenen Länder West- und Ostdeutschlands gefördert habe. Aus der Verschiedenheit der einzelnen Länder folgt für ihn aber auch, dass diese mehr Eigenverantwortung haben müssten. Der Versuch, überall Gleichheit zu schaffen, helfe nicht weiter. Im Gegenteil sei Differenzierung – beispielsweise bei den Löhnen – ein Mittel zum Wettbewerb. Durch die Ermöglichung von Ungleichheit werde letztlich mehr Gleichheit erzeugt als durch staatliche Umverteilung. Die Differenzierung müsse allerdings nicht nur auf der Einnahmenseite, sondern auch auf der Ausgabenseite erfolgen. So sei ein bundeseinheitliches Ladenschlussgesetz überflüssig. Ebenso sei nicht ersichtlich, warum im öffentlichen Dienst bundesweit die gleichen Löhne gezahlt würden, während sie sich in der Privatwirtschaft je nach Region unterschieden.

Zum Abschluss seines Vortrags kam auch Milbradt auf den Länderfinanzausgleich zu sprechen. Er akzeptiere zwar,

dass der Nivellierungsgrad bei den Ländereinnahmen verringert werden solle. Dann müssten künftig aber alle Einnahmen, auch die der Gemeinden, im Länderfinanzausgleich berücksichtigt werden. Gewinner eines solchen Systemumbaus wären die neuen Länder, die Verlierer wären die Stadtstaaten.

Föderalismus auf der europäischen Ebene

Der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller beschäftigte sich in seiner Rede mit dem Föderalismus auf europäischer Ebene. Das Ziel einer europäischen Föderation sei prinzipiell zu unterstützen. Deutschland brauche eine Souveränitätsteilung zwischen Europa und den Nationalstaaten, die den heuti-



Professor Dale Jorgenson, Ph. D.

gen Herausforderungen angemessen sei. Eine Abgrenzung der Kompetenzen sei dabei erforderlich, um den Bürgern sichtbar zu machen, für welche Belange die Europäische Union (EU) und für welche Belange die einzelnen Nationalstaaten zuständig seien.

Ziel der Regierungskonferenz 2000 sei es, so Diller, die Voraussetzungen innerhalb der EU zu schaffen, dass diese auch nach Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten handlungsfähig bleibe. Im Zuge dessen müssten die qualifizierten Mehrheitsentscheidungen ausgeweitet und die Stimmengewichtung im Ministerrat reformiert werden. Durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse sei sichergestellt, dass einzelne Mit-

gliedstaaten die Politik der EU nicht blockieren könnten und jeweils genügend Länder hinter den einzelnen Beschlüssen stünden. Hinsichtlich der Stimmengewichtung im Rat setze sich die Bundesregierung dafür ein, ein Modell zu wählen, das der Bevölkerungszahl besser Rechnung trage.

Der Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten der EU habe mit der Einführung der neuen Währung zugenommen, so Diller. Diese Entwicklung sei positiv. Jedoch sei ein ausreichender Handlungsspielraum für die einzelnen Staaten notwendig. Die Bundesregierung wolle durch Strukturreformen, beispielsweise durch die Steuerreform, die deutsche Wettbewerbsposition verbessern. Weiterhin habe sich Deutschland verpflichtet, die Netto-Neuverschuldung bis zum Jahr 2006 auf Null zu senken.

Wirtschaftliche Perspektiven der „New Economy“

Am Beginn des zweiten Teils des ZEW-Wirtschaftsforums stand ein Vortrag von Prof. Dale Jorgenson, Ph. D. von der Harvard University und der derzeitige Präsident der American Economic Association. Er beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum in den USA und der Verbreitung von Informationstechnologien (IT). Seiner Meinung nach ist der technologische Fortschritt die treibende Kraft hinter dem Wirtschaftswachstum in den USA in den vergangenen Jahren. Der Großteil des Anstiegs der gesamten Faktorproduktivität gehe zurück auf das Produktivitätswachstum bei der Herstellung von IT-Produkten. Dies, so Jorgenson, sei vor allem im Preisverfall von Software und Computern zu beobachten. Zum Vergleich: 1960 lag der Preis eines Computers etwa 5.000-mal höher als heute. Diese Entwicklung habe hohe Investitionen in Computer und Software ausgelöst. Betrachte man nun IT als einen Input bei der Produktion anderer Güter, so sei in den späten neunziger Jahren etwa die Hälfte des Wirtschaftswachstums durch IT induziert. IT habe zwar immer zum Wirtschaftswachstum beigetragen, in den vergangenen Jahren habe sich dieser

Forschungsergebnisse



Im Konjunkturforum diskutierten Dr. Michael Hüther (DGZ-DekaBank), Prof. Dr. Wolfgang Franz (ZEW), Malte Fischer (Wirtschaftswoche), Dr. Georg Licht (ZEW).

Beitrag jedoch verdoppelt. Jorgenson vertrat die Meinung, dass die langfristige Wachstumsrate in den USA aufgrund von IT steigen werde. Diese Entwicklung lasse sich zeitverzögert auch auf die europäischen Staaten übertragen.

Aussichten für den Europäischen Binnenmarkt

In einer Podiumsdiskussion, die sich an den Vortrag Jorgensons anschloss, wurden die wirtschaftlichen Perspektiven im europäischen Binnenmarkt diskutiert. Dr. Michael Hüther von der DGZ-DekaBank zeigte sich optimistisch, was die wirtschaftliche Entwicklung in Euroland betrifft: Seiner Meinung nach stehen die Chancen für einen langfristigen Aufschwung bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosigkeit nicht schlecht. Für das Jahr 2001 prognostizierte Hüther 3,2 Prozent Wirtschaftswachstum. Nachdem die Konjunktur in diesem Jahr hauptsächlich vom Export gestützt werde, werde im kommenden Jahr auch der private Konsum zunehmen.

Malte Fischer von der Redaktion der „Wirtschaftswoche“ konzentrierte sich bei seinen Ausführungen auf die konjunkturelle Situation in Deutschland. Die Konjunktur habe an Schwung gewonnen. Vor allem die Exporte hätten dazu beigetragen. Für das kommende Jahr erwarte er ein gleichbleibend hohes Wachstum. Allerdings werde sich der Export beruhigen. Positive Impulse gingen von der Finanzpolitik aus, und

aufgrund der moderaten Tarifabschlüsse und der demografischen Entwicklung werde die Beschäftigung zunehmen.

Dr. Georg Licht, Forschungsbereichsleiter am ZEW, diskutierte in seinem Vortrag die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die langfristige Wachstumsrate habe in Deutschland in den neunziger Jahren unter der aller anderen OECD-Länder gelegen. Besonders besorgniserregend sei die Tatsache, dass Deutschland bei Investitionen in neue Technologien weit hinter andere OECD-Länder zurückgefallen sei. Auch die Bildungsinvestitionen ließen zu wünschen übrig. Aufgrund dieser Entwicklungen sieht Licht die mittelfristige Entwicklung Deutschlands eher pessimistisch. Strukturelle Reformen seien dringend notwendig.

ZEW-Forschungsergebnisse

Den Abschluss des Wirtschaftsforums bildeten drei Vorträge zu aktuellen Forschungsprojekten des ZEW. Dr. Thomas Cleff (ZEW) und Dr. Michael Kokes (DaimlerChrysler) stellten ein gemeinsam entwickeltes Verfahren vor, mit dessen Hilfe weltweit sogenannte Lead Markets für neue Produkte ausgewählt werden können. Lead Markets sind Länder, in denen bestimmte Innovationen besonders früh stark nachgefragt werden. Hier entsteht das dominante Design eines Produkts und es werden die Weltstandards gesetzt. Für ein Unternehmen ist das gute Abschneiden eines

neuen Produkts auf dem Lead Market für dessen weitere Vermarktung von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit den Kosten des Kernenergieanstiegs befasste sich Tim Hoffmann (ZEW). Eine Laufzeitbegrenzung nach Kalenderjahren führe zu höheren Gesamtkosten des Ausstiegs als eine Regelung nach Volllastjahren. Am kostengünstigsten sei die Festlegung eines Ausstiegsjahres, bis zu dem alle Kraftwerke am Netz bleiben dürften. Verteile man die Kosten auf die einzelnen Unternehmen, verursache die Variante „Ausstiegsjahr“ die größten Kostenunterschiede, gefolgt von der Variante „Volllastjahr“. Am wenigsten kostenverzerrend wirke die Variante „Kalenderjahr“. Für die im Atomkonsens festgelegte Mischung der Varianten „Volllastjahr“ und „Kalenderjahr“ sieht Hoffmann die Kosten bei etwa 18 bis 22 Milliarden Mark, wobei dies die Obergrenze sein dürfte. Die tatsächlichen Kosten dürften voraussichtlich niedriger sein.

Thema des Vortrags von Hannes Spengler (ZEW) war der Zusammenhang von Kriminalität und Ökonomie. Spengler vertrat die Auffassung, dass sich die Ökonomie sehr wohl mit den Ursachen von Kriminalität beschäftigen solle, da die Kosten, die jedes Jahr durch Kriminalität verursacht werden, beträchtlich seien. Als Faktoren, die sich kriminalitätsfördernd auswirken, identifizierte er einen niedrigen ökonomischen Status und die zunehmende Schwächung familiärer Strukturen. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

Forschungsergebnisse

Aktive Arbeitsmarktpolitik erfolglos?

Das ZEW hat eine aggregierte Wirkungsanalyse zur Abschätzung der Effekte von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die regionale Arbeitslosigkeit in West- und Ostdeutschland durchgeführt. Die Untersuchung zeigt, dass traditionelle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und durch die Arbeitsämter geförderte berufliche Weiterbildung für Arbeitslose (FbW), statt zu einer Reduktion der registrierten Arbeitslosigkeit beizutragen, diese längerfristig sogar erhöhen können.



ABM und FbW als Verschiebepfad zwischen registrierter und verdeckter Arbeitslosigkeit.

■ Geschätzt wurden in der Studie die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Abgänge aus sowie die Zugänge in die registrierte Arbeitslosigkeit. Daraus wurde dann der Nettoeffekt auf den Arbeitslosenbestand ermittelt.

Die Untersuchung zeigt, dass ABM in West- und Ostdeutschland die statistisch ausgewiesene regionale Arbeitslosigkeit erhöht haben. Es wurde festgestellt, dass die Abgänge aus Arbeitslosigkeit sinken, und auch die Zugänge in die Arbeitslosigkeit steigen. Einer der Gründe ist, dass die meisten Personen im Anschluss an ABM wieder arbeitslos werden, da sie während der Maßnahme vermutlich weniger intensiv nach einer regulären Beschäftigung suchen.

Des Weiteren sind mit ABM wahrscheinlich indirekte negative Effekte verbunden. So werden durch umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auch die Beschäftigungschancen von Nichtteilnehmern beeinflusst. Über verschiedene Wirkungskanäle – etwa Wettbewerbsverzerrungen, Umschichtung öffentlicher Mittel, Substitution von geförderten Arbeitnehmern durch nichtgeförderte – kann es zu einer Verdrängung regulärer Beschäftigung und somit in

bestimmten Fällen zu erhöhten Zugängen in die Arbeitslosigkeit kommen.

Geförderte Weiterbildung

Auch FbW erhöhte in West- und in Ostdeutschland die registrierte Arbeitslosigkeit, wobei die Bilanz für die zweite Hälfte der neunziger Jahre weniger negativ ausfällt. Einerseits haben FbW nur einen geringen Effekt auf die Abgänge aus Arbeitslosigkeit. Der Einsatz dieser Maßnahmen führte nicht dazu, dass Arbeitslose schneller eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Das schlechtere Ergebnis für Anfang der neunziger Jahre erklärt sich zumindest für die neuen Bundesländer daraus, dass die Weiterbildungsinfrastruktur nach der Vereinigung noch ungenügend ausgebaut war.

FbW führten aber auch zu einem Anstieg der Zugänge in die registrierte Arbeitslosigkeit, wobei dieser in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weniger stark war als in der ersten. Dieser Anstieg kann auf zwei Gründe zurückgeführt werden. Erstens kann er durch die hohe Arbeitslosigkeit nach Abschluss der Maßnahme aufgrund der geringen Suchintensität während der Teilnahme erklärt wer-

den. Dass dieser Effekt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weniger stark ausgeprägt war, lässt sich damit erklären, dass seit 1998 die Teilnahme an FbW – im Gegensatz zu ABM – nicht mehr zu einer Erneuerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld führt. Dies dürfte dazu beigetragen haben, dass die Teilnehmer an FbW während der Maßnahme stärker nach einer Beschäftigung suchen. Eine zweite Möglichkeit ist, dass FbW verstärkt von Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern genutzt wird, die sich vor der Teilnahme arbeitslos melden.

Die gesamtwirtschaftliche Wirkungsanalyse stützt die Ergebnisse früherer Studien, wonach die betrachteten Maßnahmen kaum positive Beschäftigungseffekte zeigen. Besonders für Ostdeutschland deutet die empirische Evidenz darauf hin, dass die leicht positiven Effekte, die für die Teilnehmer zumindest für FbW auf mikroökonomischer Ebene teilweise ermittelt wurden, durch indirekte Effekte konterkariert wurden. Zu einem Teil stellten die Maßnahmen demnach lediglich einen Verschiebepfad zwischen registrierter und verdeckter Arbeitslosigkeit dar. Allerdings ist zu beachten, dass bisher in Deutschland aufgrund der für wissenschaftliche Analysen verfügbaren Daten nur die durchschnittlichen Effekte von Maßnahmen ermittelt werden konnten. Insbesondere bei FbW ist zu erwarten, dass bestimmte Kurse durchaus positive Effekte aufweisen. Um diese Maßnahmen zu identifizieren und Anhaltspunkte für eine effektivere Ausgestaltung zu erhalten, ist es erforderlich, dass die Bundesanstalt für Arbeit der Wissenschaft den Zugang zu detaillierteren Daten ermöglicht.

Die Kurzfassung des Gutachtens finden Sie im Internet unter www.zew.de. ◀

Tobias Hagen, hagen@zew.de,
Dr. Viktor Steiner, steiner@zew.de

Forschungsergebnisse

Fachkräftemangel hemmt Innovationen

Trotz der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit besteht in Deutschland großer Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften. Bei jedem siebten Dienstleister behindert der Mangel an geeignetem Fachpersonal die Innovationsaktivitäten. Das heißt die Einführung neuer Produkte oder Produktionsprozesse wird verzögert oder verhindert, was die Wettbewerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigt. Dies zeigt die Auswertung der aktuellen Innovationserhebung des ZEW im Dienstleistungssektor.

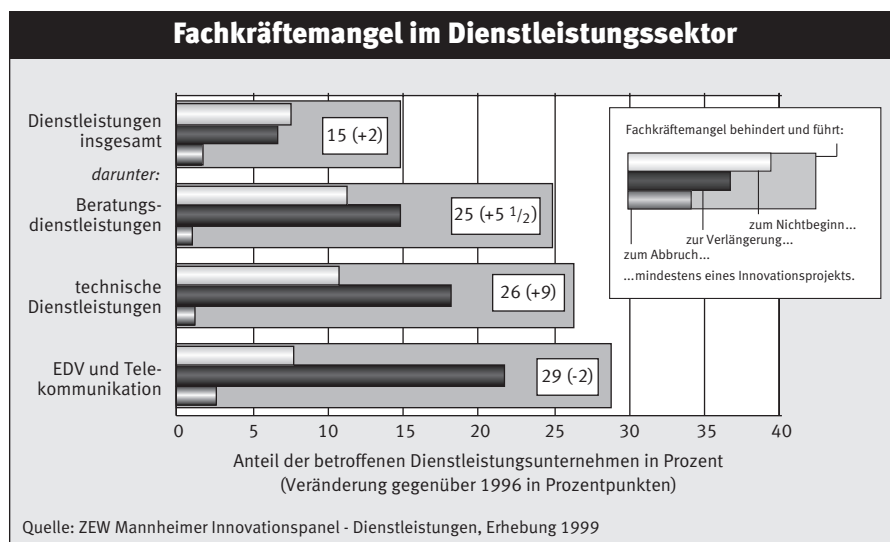
■ Fachkräftemangel gibt es nicht nur im engen Kreis der Unternehmen aus der IT-Dienstleistungs- und Softwarebranche. Das Problem des Fachpersonalmangels hat sich in den vergangenen zwei Jahren vielmehr auch in den innovativen Branchen der technischen Dienstleistungen (beispielsweise Architektur- und Ingenieurbüros) sowie bei Beratungsdienstleistungen (Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen) deutlich verschärft. Dies zeigt die Innovationserhebung im Dienstleistungssektor, die das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung jährlich bei etwa 2.500 Unternehmen in diesem Bereich durchführt. Fachpersonalmangel führt demnach häufig dazu, dass Projekte erst gar nicht begonnen werden. Doch selbst wenn sie in Angriff genommen werden, verlängert sich häufig durch das Fehlen von Fachkräften die Projektlaufzeit. Da am deutschen Arbeitsmarkt geeignet qualifizierte Fachkräfte nicht zu finden sind, scheitern Innovationen auch dann, wenn das Unternehmen über genügend finanzielle Mittel verfügt.

Computerkenntnisse gefragt

Die vom Fachkräftemangel betroffenen Dienstleistungsunternehmen sind vor allem auf der Suche nach Informatikern oder Hochqualifizierten aus anderen EDV-orientierten Berufen. Dies lässt sich zum einen am wirtschaftlichen Schwerpunkt der am häufigsten betroffenen Branchen festmachen. Zum anderen sind Dienstleistungsunternehmen mit hohen Investitionen in Informationstechnologien (IT) sechsmal häufiger von Fachkräftemangel betroffen als Unternehmen, die nur geringe Investitionen in IT vornehmen. Gerade bei unternehmensnahen Dienstleistungen beschränkt

sich „Qualifikation“ nicht mehr nur auf berufsspezifisches Wissen im engeren Sinn, sondern beinhaltet fast immer auch entsprechende Computerkenntnisse.

Fachpersonal müssen die Ausbildungsinhalte auf die Anforderungen des Marktes hin überprüft werden. Das wissenschaftliche Umfeld kann durch die anvi-



Ausländischen IT-Spezialisten den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern, kann kurzfristig in einigen Fällen Engpässe überwinden. Arbeitsplatzverluste in Folge der Beschäftigung ausländischer Spezialisten in Deutschland müssen nicht befürchtet werden. Im Gegenteil dürften Innovationsprojekte, die dadurch erst ermöglicht werden, eher zu einer weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen führen.

Viel wichtiger ist jedoch, dass neben diesen kurzfristigen Maßnahmen mittel- bis langfristig für qualifizierten Nachwuchs in Deutschland gesorgt wird. Dies erfordert zum jetzigen Zeitpunkt Maßnahmen, deren Wirkung sich erst in einigen Jahren entfalten wird. So wirkt sich die heute beobachtete Zunahme der Studierendenzahlen im Fach Informatik bei der in Deutschland üblichen Studiendauer erst in vier bis sechs Jahren auf dem Markt aus. Gerade im Hinblick auf den Mangel an geeignet qualifiziertem

sierte Umsetzung der Universitätsreform weiter verbessert werden. Bildungspolitische Maßnahmen müssen aber auch noch früher ansetzen und den Erwerb von IuK-Kenntnissen bereits an den Schulen unterstützen.

Auch die Unternehmen müssen sich stärker engagieren

Die Unternehmen selbst können ebenfalls zum Aufbau qualifizierten Fachpersonals beitragen: Untersuchungen zeigen, dass Unternehmen, die unter Fachkräftemangel leiden, ihre Weiterbildungsaufwendungen in Folge dieses Mangels nicht gesteigert haben. Gerade die Verlängerung von Projektlaufzeiten – von den Unternehmen am häufigsten als Folge von Fachkräftemangel genannt – könnte vermutlich durch verstärkte Weiterbildungsmaßnahmen reduziert werden. ◀

Günther Ebling, ebling@zew.de

Forschungsergebnisse

Auswirkungen von Zinsänderungen auf den Konsum privater Haushalte

Untersuchungen zum Einfluss von Zinsänderungen auf den privaten Konsum legen zumeist die Schlussfolgerung nahe, dass sich Änderungen des Zinsniveaus nur gering auf den Verbrauch der privaten Haushalte auswirken. Dieses Ergebnis bezieht sich allerdings auf die privaten Haushalte insgesamt und kann somit darauf beruhen, dass sich unterschiedliche Effekte in einzelnen Segmenten dieses Sektors kompensieren. Das ZEW hat daher die Auswirkungen von Zinsänderungen auf Einkommen und Konsum einzelner Haushaltsgruppen untersucht.

■ Um die Zinswirkungen auf der Ebene einzelner Haushaltsgruppen zu ermitteln, hat das ZEW im Auftrag der L-Bank, Karlsruhe, eine Analyse auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1993 (EVS) des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. Soweit möglich, wurden die Daten mit Angaben aus der EVS 1998 und der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundes-

analysiert. Es zeigt sich, dass eine Zinserhöhung lediglich in unteren Einkommensklassen einen geringen positiven Einkommenseffekt hat. In mittleren Einkommensklassen sind leichte negative Effekte zu ermitteln, während in den oberen Einkommensklassen stärkere negative Wirkungen auftreten.

Verantwortlich für diese sind mit der Einkommenshöhe verändernden Ein-

menseffekte von Zinserhöhungen. Insgesamt halten sich die Effekte aber selbst in langer Frist, das heißt für anhaltende Änderungen des Zinsniveaus, in engen Grenzen.

Ein anderes Bild zeigt sich erwartungsgemäß, wenn Haushalte ohne Immobilieneigentum, mit verschuldetem Immobilieneigentum und mit bereits entschuldetem Immobilieneigentum getrennt untersucht werden. So haben Haushalte mit Hypothekarkrediten in mittleren Einkommensklassen deutliche Einkommenseinbußen bei Zinserhöhungen hinzunehmen. Für Haushalte, die noch hohe Tilgungslasten zu tragen haben, beträgt die zusätzliche Zinslast deutlich mehr als zwei Prozent ihres verfügbaren Einkommens. Haushalte mit entschuldeten Immobilien erzielen dagegen in der Folge der gleichen Zinserhöhung um gut ein halbes Prozent höhere Einkommen.

Einkommenseffekte einer Zinserhöhung um einen Prozentpunkt

monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 4000 DM und 6000 DM

ohne Immobilieneigentum	0,2 %
mit entschuldetem Immobilieneigentum	0,6 %
mit nicht entschuldetem Immobilieneigentum	-1,4 %
mit nicht entschuldetem Immobilieneigentum, Altersklasse 30-40 Jahre	-2,0 %
mit nicht entschuldetem Immobilieneigentum, Neuerwerber	-2,4 %

Anmerkung: Angaben in Prozent des verfügbaren Einkommens.

Quelle: EVS 1993, 1998; ZEW-Berechnungen

bank aktualisiert. Die Haushaltsgruppen wurden dabei nach ihrer Einkommenshöhe und ihrem Wohneigentumsstatus abgegrenzt, da die Wohneigentumsbildung im Allgemeinen mit einer hohen Verschuldung einhergeht.

Die Auswirkungen von Zinsänderungen auf den privaten Konsum lassen sich in zwei Effekte unterteilen: Zum einen bewirken Zinsänderungen im allgemeinen auch Einkommensänderungen, die sich wiederum auf die Ersparnis auswirken (Einkommenseffekt). Zum anderen stellen höhere Zinsen auch einen größeren Sparanreiz dar und veranlassen die Haushalte, mehr zu sparen beziehungsweise weniger Kredite aufzunehmen (Substitutionseffekt). Im ersten Schritt wurden die Einkommenseffekte in verschiedenen Einkommensklassen

kommenseffekte von Zinserhöhungen ist die einkommensspezifische Zusammensetzung des Vermögens. Während Haushalte unterer Einkommensklassen traditionell einen erheblichen Teil ihres Vermögens in verzinslichen Sparformen wie Sparbüchern und Sparbriefen halten, bevorzugen Haushalte höherer Einkommensklassen Kapitallebensversicherungen als Anlageform. Zugleich steigen mit dem Einkommen nicht nur die Geldvermögen, sondern auch die Schulden der Haushalte aus Immobilienkrediten. Die Kombination eines hohen und üblicherweise wenig zinsempfindlichen Anteils an Kapitallebensversicherungen im Geldvermögen mit gleichzeitig hohen Verbindlichkeiten aus Hypothekarkrediten bewirkt in den oberen Einkommensklassen negative Einkom-

Konsumeffekte variieren stark

Um die Konsumeffekte von Zinserhöhungen abzuschätzen, ist neben dem Einkommenseffekt der – negative – Substitutionseffekt von Zinserhöhungen ins Kalkül zu ziehen. Überträgt man diesen Effekt, der sich nur für das Aggregat aller privaten Haushalte messen lässt, auf die mittleren Einkommensgruppen, so liegen die Konsumwirkungen einer Zinserhöhung um einen Prozentpunkt in einem Intervall zwischen plus 0,3 Prozent für entschuldete Immobilieneigentümer und knapp minus drei Prozent für junge Eigentümerhaushalte, deren Eigenheime noch hoch mit Hypotheken belastet sind. ◀

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

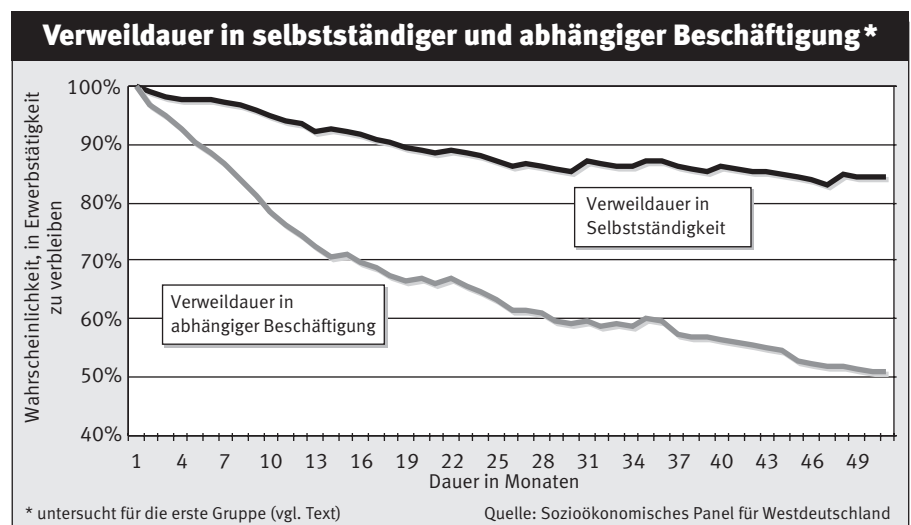
Forschungsergebnisse

Selbstständigkeit – ein dauerhafter Weg aus der Arbeitslosigkeit

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit setzen viele Regierungen auf eine Förderung von Existenzgründungen. Vor allem Arbeitslose nehmen, nicht zuletzt aufgrund der Mitte der neunziger Jahre verbesserten Förderkonditionen in Form des sogenannten Überbrückungsgelds, vermehrt eine selbstständige Erwerbstätigkeit auf. In Deutschland erhielten zwischen 1990 und 1998 etwa 458.000 arbeitslose Existenzgründer Unterstützung vom Arbeitsamt, wobei die Förderfälle von etwa 13.000 in 1990 auf fast 100.000 in 1998 angestiegen sind.

■ Das ZEW hat die Chancen und Grenzen der selbstständigen Erwerbstätigkeit unter vormals arbeitslosen Personen auf der Basis einer Stichprobe von 3.782 Personen für den Zeitraum 1983 bis 1996 untersucht. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass vormals arbeitslose Existenzgründer in der Selbstständigkeit keinesfalls nur den letzten Strohalm einer Wiederbeschäftigung sehen. Sie sind vielmehr im Vergleich zu den übrigen Arbeitslosen gut qualifiziert und machen sich nur dann selbstständig, wenn diese Erwerbsform ein hohes Einkommen im Vergleich zur Arbeitslosenunterstützung verspricht. Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit spielt keine Rolle für den Wechsel in die selbstständige Erwerbstätigkeit. Damit bestätigt sich hier nicht die Hypothese, dass sich Langzeitarbeitslose allein auf Grund der Diskriminierung bei der Suche nach einer abhängigen Beschäftigung selbstständig machen.

Die Studie unterscheidet zwei Gruppen. Zum einen wird für die Arbeitslosen, die sich selbstständig gemacht haben, untersucht, wie erfolgreich die Alternative einer abhängigen Beschäftigung gewesen wäre. Die zweite Gruppe betrachtet Arbeitslose, die eine abhängige Beschäftigung aufgenommen haben, und untersucht die Alternative der Selbstständigkeit. Für die erste Gruppe ist das erneute Arbeitslosigkeitsrisiko geringer bei Selbstständigkeit als bei abhängiger Beschäftigung (siehe Grafik). Allerdings lässt dieses Ergebnis nicht den Schluss zu, dass eine Ausweitung des Überbrückungsgelds eine spürbare zusätzliche Entlastung des Arbeitsmarkts zur Folge hätte. Denn für die zweite Gruppe, also für Arbeitslose,



die eine abhängige Beschäftigung aufnehmen, ist diese stabiler, als es eine selbstständige Erwerbstätigkeit wäre. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, dass Arbeitslose sehr wohl die für sie optimale Wiederbeschäftigungsalternative finden, und nicht etwa in die Selbstständigkeit gedrängt werden.

Überbrückungsgeld ebnet den Weg in die Selbstständigkeit

In einem weiteren Schritt wurde die Wirksamkeit des Überbrückungsgelds analysiert. Es zeigt sich, dass in Phasen einer restriktiven Vergabe der Fördermittel Arbeitslose, die eine abhängige Beschäftigung aufgenommen haben, ein höheres erneutes Arbeitslosigkeitsrisiko tragen als in der Situation, in der sie sich selbstständig gemacht hätten. So können mit Hilfe des Überbrückungsgelds Kreditmarktrestriktionen überwunden werden: Es ebnet Arbeitslosen, die für die Selbstständigkeit geeignet sind und die aufgrund der Tatsache, dass sie

arbeitslos sind, keine Kredite bekommen, den Weg in die Selbstständigkeit.

Es sollte aber nicht geschlussfolgert werden, das Überbrückungsgeld in großem Umfang zu erweitern. Angesichts des Selbstselektionsprozesses in die Selbstständigkeit oder die abhängige Beschäftigung dürfen Mitnahmeeffekte nicht unterschätzt werden. So ist es möglich, dass abhängig Beschäftigte, die eine eigene Existenz gründen wollen, den Weg über die Arbeitslosigkeit wählen, nur um Überbrückungsgeld zu erhalten. Also könnte eine Ausweitung dieses Förderinstruments eventuell nicht die Zahl der Selbstständigen erhöhen, sondern lediglich die Zahl der kurzzeitig Arbeitslosen. Somit ist weniger die unbeschränkte Gewährung des Überbrückungsgelds für alle Gründungswilligen ein Problem, sondern vielmehr die negativen Anreizwirkungen aufgrund der Ausgestaltung dieses Förderinstruments, denn das Überbrückungsgeld muss nicht zurückgezahlt werden. ◀

Frank Reize, reize@zew.de

ZEW Summer Workshop

Angewandte Finanzwissenschaft und Umweltökonomik

■ Bereits zum zweiten Mal nach 1999 veranstaltete das ZEW in der Zeit vom 19. bis 21. Juni 2000 seinen Summer Workshop. Das Thema der diesjährigen Veranstaltung lautete „Applied Public and Environmental Economics“. Auf dem Programm standen zum einen Vorlesungen, die von renommierten Profes-

gard erregte in seiner ersten Vorlesung zum Thema „Besteuerung und Arbeitslosigkeit“ einiges Aufsehen mit der These, dass progressive Besteuerung die Arbeitslosigkeit senken könne. Anschließend wandte er sich der Frage der effizienten Alterssicherung zu. Im Einklang mit der in der Literatur vorherr-

aufkommen nicht mehr oder es fällt sogar, wenn die Sätze erhöht werden.

Professor Proost präsentierte schließlich eine Vielzahl von wissenschaftlichen Ansätzen aus dem Bereich der Verkehrspolitik. Unter anderem gab er einen Überblick über Modelle der Bewertung der externen Kosten des Straßenverkehrs. Er betonte, dass die Kosten des Staus weit wichtiger seien als Luftschäden und Unfälle. Deshalb sprach sich Proost engagiert für Straßenbenutzungsgebühren aus, die geeignet sind, solche Kosten zu internalisieren. ◀

Dr. Christoph Böhringer, boehring@zew.de
Dr. Robert Schwager, schwager@zew.de



Die Teilnehmer am ZEW Summer Workshop „Applied Public and Environmental Economics“.

soren gehalten wurden. Zum anderen präsentierten junge Wissenschaftler ihre eigenen Forschungsergebnisse. Anschließend stellten sie sich einer Kritik ihrer Arbeiten durch die erfahrenen Wissenschaftler und der Diskussion mit allen Anwesenden. Am Summer Workshop nahmen sieben auswärtige Nachwuchswissenschaftler sowie zwei Mitarbeiter des ZEW teil. Alle haben vor kurzem ihre Promotion abgeschlossen oder streben dies bald an.

Die Hauptreferate im Überblick

Prof. Dr. Wolfgang Wiegand, Universität Regensburg, Prof. Robert Inman Ph.D., Wharton School, University of Pennsylvania, und Professor Stef Proost Ph.D., Universität Leuven, waren die Hauptreferenten. Sie präsentierten jeweils einen Überblick über ihr Spezialgebiet und gaben Einblicke in ihre eigenen Forschungsarbeiten. Professor Wie-

gend kam er zu dem Schluss, dass es nicht möglich ist, das derzeitige Umlageverfahren in ein Kapitaldeckungsverfahren zu überführen, ohne einer Generation Nachteile aufzuerlegen.

Professor Inman gab zunächst einen Überblick über die Theorie des fiskalischen Wettbewerbs zwischen Vororten von Ballungszentren. Diese Vororte finanzieren die lokalen öffentlichen Güter, die von den Einwohnern gewünscht werden (beispielsweise Kindergärten oder Schulen), durch lokale Steuern. Die US-amerikanische Erfahrung zeigt im Einklang mit dieser Theorie, dass diese Form des Wettbewerbs zu effizienten Ergebnissen führt. In seinem zweiten Referat präsentierte Inman eine eigene Studie über die Stadt Philadelphia. Er zeigte, dass Steuersatzerhöhungen zu einer sehr starken Abwanderung von Produktionsfaktoren und Steuerzahlern führen. Infolgedessen steigt das Steuer-

Referate der Nachwuchswissenschaftler

„Social security strategies and redistributive effects in European social transfer systems“, Margit Kraus, ZEW

„Capital mobility within the European Union“, Joeri Gorter, Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (Niederlande), (gemeinsame Arbeit mit Ashok Parikh)

„Tax administration under different federal settings: Leviathan or benevolent?“, Alex Esteller-Moré, Universität de Barcelona (Spanien)

„An empirical analysis of vertical tax externalities: The case of personal income taxation in Canada“, Albert Solé-Ollé, Universität de Barcelona (Spanien), (gemeinsame Arbeit mit Alex Esteller-Moré)

„Is your neighbor's policy affecting your tax base? A quantification of local fiscal externalities“, Thiess Büttner, ZEW

„Leviathan and tax competition in federations“, Christos Kotsogiannis, University of Southampton (UK), (gemeinsame Arbeit mit Michael Keen)

„Bureaucratic corruption and environmental policy: Theory and evidence from the United States“, Per Fredriksson, Southern Methodist University, Dallas, (USA), (gemeinsame Arbeit mit Daniel Millimet)

„Private secondary benefits of greenhouse gas abatement and renegotiations of international environmental treaties“, Dirk Rüb- belke, Technische Universität Chemnitz

„Effects of the polluter pays principle on control of acid rain“, Yoko Nagase, University of Virginia (USA), (gemeinsame Arbeit mit Emilson Silva)

ZEW-Konferenz

Industrieökonomik und Inputmärkte

■ Vom 25. bis zum 27. Mai 2000 veranstaltete das ZEW zum zweiten Mal gemeinsam mit dem Centre for Economic Policy Research (CEPR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Konferenz im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms Industrieökonomik und Inputmärkte. Diese internationale Konferenz bot den Teilnehmern die Gelegenheit, neue theoretische Modelle und aktuelle empirische Ergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren.

Annette Kirstein, Universität Karlsruhe, präsentierte ein spieltheoretisches Modell zu Verhandlungen am Beispiel der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern. Während die spieltheoretische Lösung eine effiziente Aufteilung des Sozialprodukts zwischen den Verhandlungspartnern vorsieht, weichen die experimentellen Resultate von dieser Lösung ab.

Stephen Bond, Nuffield College und Institute for Fiscal Studies, setzte sich in seinem Vortrag mit den Problemen auseinander, die typischerweise bei der Schätzung von Q-Investitionsmodellen auftreten. Er führte die empirische Schwäche dieser Modelle auf Messfehler in den Börsenkursen zurück und lieferte gleichzeitig eine alternative Methodik, die zu plausibleren empirischen Ergebnissen führt.

Der Vortrag von David Encaoua, EUREQUA, Université de Paris, beschäftigte sich mit dem Einfluss von Wettbewerb auf das Innovationsverhalten und Wachstum von Unternehmen. Dabei stand unter anderem die Frage im Vordergrund, wie Unternehmen bei steigendem Wettbewerb durch erhöhte FuE-Aktivitäten eine Marktführerschaft erlangen können.

Das von Martin Hellwig, Universität Mannheim, vorgestellte Papier setzte sich mit dem Zusammenhang zwischen Lohn- und Produktivitätswachstum auseinander.

Thiess Büttner, ZEW, diskutierte ein Modell, das sich mit den Auswirkungen zentraler Lohnverhandlungen auf die Flexibilität von Löhnen befaßt. Die empirischen Resultate deuten darauf hin, dass in Deutschland in den unteren

Lohngruppen Starrheiten existieren, die auf zentrale Lohnverhandlungen zurückzuführen sind.

Die Möglichkeit, die Verhandlungsmacht durch Bildung von Koalitionen zu stärken, war Thema des Vortrages von Paul Heidhues, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Ulrich Kaiser, ZEW, befasste sich in seinem Vortrag mit FuE-Kooperationen und FuE-Aufwendungen im Rahmen eines mehrstufigen spieltheoretischen Ansatzes. Unter Verwendung mikroökonomischer Methoden untersuchte er den Dienstleistungssektor in Deutsch-

Cornelia Neff, Universität Tübingen, stellte ein dynamisches Agency-Modell vor, das die Interaktion zwischen Venture-Capital und Wettbewerb auf den Produktmärkten berücksichtigt.

Rodrigue Mendez, EUREQUA, Université de Paris, präsentierte ein endogenes Wachstumsmodell, in das er Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich der Qualität von Arbeit integriert hat – ein Phänomen, das insbesondere in jüngster Zeit diskutiert wurde.

Stéphanie Monjon, EUREQUA, Université de Paris, diskutierte ein Modell zur Verbreitung von Innovationen unter



Die Teilnehmer an der CEPR/DFG/ZEW-Konferenz „Industrieökonomik und Inputmärkte“.

land. Er gelangte zu dem Ergebnis, dass Unternehmen, die FuE-Kooperationen eingehen, höhere FuE-Aufwendungen aufweisen.

Patrick Waelbroeck, EUREQUA, Université de Paris, stellte einen Ansatz vor, bei dem die Verbreitung von Informationen eine zentrale Rolle bei der Verbreitung neuer Technologien spielt.

Krishna Kumar, University of Southern California, widmete sich in seinem Vortrag den Determinanten der Firmengröße. In einer empirischen Studie untersuchte er anhand von Unternehmen aus 15 europäischen Staaten, welche Faktoren die Größe dieser Unternehmen beeinflussen. Dabei gelangt er unter anderem zu dem Ergebnis, dass größere Unternehmen ihren Sitz tendenziell in Ländern mit besseren institutionellen Voraussetzungen haben.

Unsicherheit. Sie gelangt im Rahmen ihres theoretischen Ansatzes zu dem Ergebnis, dass Firmen, die eine Innovation als Erste verwenden, den Diffusionprozess lediglich verzögern, nicht aber aufhalten können.

Dass Patente keinen vollständigen Schutz vor missbräuchlicher Nachahmung bieten, beeinflusst die Patentierungsentscheidungen eines Unternehmens. Claude Crampes, Université des Sciences Sociales de Toulouse, untersuchte die Aufwendungen, die durch die Überwachung des Markts entstehen, sowie die Kosten, die durch gerichtliche Verfahren verursacht werden.

Die Tagungsbeiträge können im Internet unter www.zew.de (Conference „Industrial Structure and Input Markets“) heruntergeladen werden. ◀

Information: Fred Ramb, ramb@zew.de

ZEW-Seminar

Ludger Schuknecht referiert über „Handelspolitik für E-Commerce“

■ Die Welthandelsorganisation (WTO) hat die elektronische Auslieferung von Produkten über das Internet vorläufig von allen Zöllen befreit. Sorgen über daraus resultierende umfangreiche Einnahmeausfälle für den Fiskus sind aber ebenso unbegründet wie die Hoffnung auf völligen Freihandel im Internet. Diese Auffassung vertrat Dr. Ludger Schuknecht in seinem Vortrag „Handelspolitik für E-Commerce“ im ZEW-Seminar. Der Referent, der vor seinem Wechsel zur Europäischen Zentralbank bei der WTO in Genf tätig war, stellte zuerst eine Systematisierung vor: Das Zoll-Privileg bezieht sich nicht auf Güter, die über das Internet bestellt, aber konventionell ausgeliefert werden. Betroffen sind lediglich die Güter und Dienstleistungen, die auch tatsächlich über das Internet den Kunden erreichen. Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen der Gruppe der digitalisierten Medienprodukte (Beispiele: Musik und Filme, die



Dr. Ludger Schuknecht

als Dateien versendbar sind) und den über das Internet abwickelbaren Dienstleistungen (Beispiele: medizinische Beratung, Consulting). Der Markt für diese beiden Gruppen wächst zwar schnell. Eine völlige Zollfreiheit würde aber auf absehbare Zeit nur zu vergleichsweise geringen Einnahmeverlusten führen,

weil die Anteile dieser Gruppen weniger als ein Prozent des gesamten Zollaufkommens ausmachen. Haushaltspolitisch fällt dies kaum ins Gewicht.

Schuknechts Bewertung der Zollfreiheit für einen Teil des E-Commerce ist dabei alles andere als euphorisch. Er befürchtet, dass statt der Zölle ineffizientere Methoden des Protektionismus Anwendung finden könnten. Denn für die Internet-gestützten Beratungsleistungen gelten nicht die WTO-Regeln für Güter, sondern diejenigen für Dienstleistungen im Rahmen des GATS (General Agreement on Trade in Services). Diese Regeln verpflichten die WTO-Länder aber nicht zum Verzicht auf Quoten oder andere diskriminierende Handelspraktiken. Dem Freihandel im Internet wäre von daher besser damit gedient, die Liberalisierungs-Verpflichtungen im Rahmen des GATS auszuweiten. ◀

Information: Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Kraus, Margit; Wirth, Steffen: *Savings, Expectations and Technological Unemployment. A Generalization of Assumptions for the Hicksian Fixwage Traverse*, No. 99-29.

Kaiser, Ulrich; Kreuter, Markus; Niggemann, Hiltrud: *The ZEW/Creditreform Business Survey in the Business-related Services Sector: Sampling Frame, Stratification, Expansion and Results*, No. 00-22.

Gerfin, Michael; Lechner, Michael: *Microeconomic Evaluation of the Active Labour Market Policy in Switzerland*, No. 00-24.

Kaiser, Ulrich: *Research Cooperation and Research Expenditures with Endogenous Absorptive Capacity. Theory and Microeconomic Evidence for the German Service Sector*, No. 00-25.

Entorf, Horst; Spengler, Hannes: *Criminality, Social Cohesion and Economic Performance*, No. 00-27.

Pfeiffer, Friedhelm: *Training and Individual Performance in Europe: Evidence from Microeconomic Studies*, No. 00-28.

■ ZEW Dokumentationen

Almus, Matthias; Engel, Dirk; Prantl, Susanne: *The „Mannheim Foundation Panels“ of the Centre for European Economic Research (ZEW)*, Nr. 00-02.

Boockmann, Bernhard: *Decision-making on ILO Conventions and Recommendations: Legal Framework and Application*, Nr. 00-03.

Jacobs, Otto H.; Spengel, Christoph; Gutekunst, Gerd; Hermann, Rico A.; Jaeger, Claudia; Müller, Katja; Seybold, Michaela; Stetter, Thorsten; Vituschek, Michael: *Stellungnahme zum Steuer-senkungsgesetz*, Nr. 00-04.

■ ZEW Wirtschaftsanalysen / Schriftenreihe des ZEW

Franz, Wolfgang; Steiner, Viktor; Zimmermann, Volker: *Die betriebliche Aus-*

bildungsbereitschaft im technologischen und demographischen Wandel. Band 46, 2000, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Steiger, Max: *Institutionelle Investoren im Spannungsfeld zwischen Aktienmarktliquidität und Corporate Governance*. Band 47, 2000, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

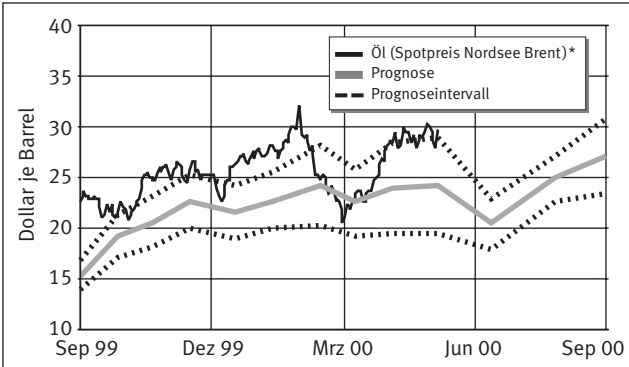
Buscher, Herbert; Falk, Martin; Göggelmann, Klaus; Ludsteck, Johannes; Steiner, Viktor; Zwick, Thomas: *Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit*. Band 48, 2000, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Büttner, Thiess (Hrsg.): *Finanzverfassung und Föderalismus in Deutschland und Europa*. Band 49, 2000, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Zimmermann, Volker: *Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher. Eine empirische Untersuchung ihres Weges in die Beschäftigung*. Band 50, 2000, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Daten und Fakten

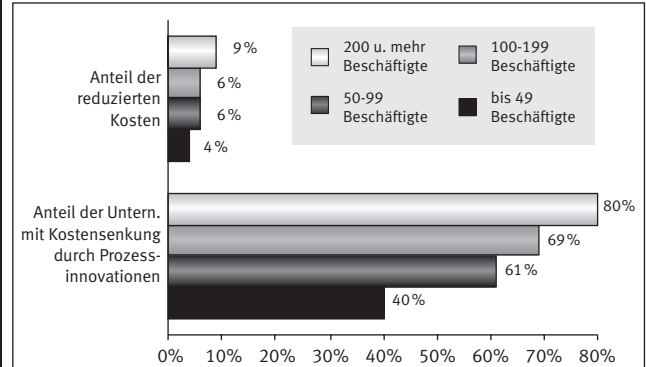
ZEW-Finanzmarkttest im Juni: Unsicherheit über den Ölpreis



Quelle: ZEW, *Datastream

Nach einem kurzen Preisverfall im Anschluss an die letzte OPEC-Entscheidung steigt der Ölpreis nun wieder. Über die weiteren Aussichten herrscht große Unsicherheit. Die Experten erwarten einen Ölpreis von rund 27 US-Dollar pro Barrel für September. Die Antworten der befragten Finanzexperten schwanken dabei zwischen mehr als 30 US-Dollar und 23 US-Dollar. Die Mehrheit der Teilnehmer setzt freilich auf einen reduzierten Ölpreis. Gestützt wird diese Meinung durch den aktuellen OPEC-Beschluss über eine Angebotserhöhung, die eigentlich auf den Preis drücken sollte. Marktberichten zufolge ist diese Nachricht jedoch schon im derzeitigen Ölpreis enthalten.
Felix Hüfner, hufner@zew.de

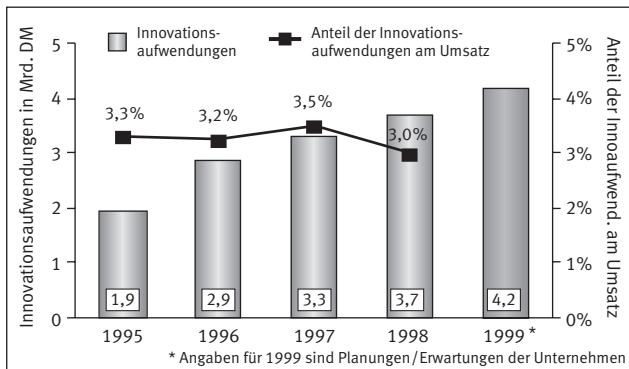
Maschinenbau: Überdurchschnittliche Kostensenkung durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel Befragung 1998

Im gesamten verarbeitenden Gewerbe reduzierten 40 Prozent der Unternehmen im Jahr 1997 durch Prozessinnovationen ihre Produktionskosten. Der Maschinenbau war dabei besonders erfolgreich: 52 Prozent der Unternehmen dieser Branche konnten durch Prozessinnovationen ihre Kosten senken. Dies führte branchenweit zu einer Kostenverringern von durchschnittlich knapp neun Prozent (verarbeitendes Gewerbe: sieben Prozent). Mit der Größe der Unternehmung stiegen dabei sowohl die Wahrscheinlichkeit von kostenmindernden Prozessinnovationen als auch der Anteil der durch Prozessinnovationen erzielten durchschnittlichen Kosteneinsparung.
Dr. Thomas Cleff, cleff@zew.de

Innovationsaufwendungen im EDV-Bereich nehmen weiter zu



Quelle: ZEW Mannheimer Innovationspanel-Dienstleistungen, Erhebung 1999

Unternehmen im Bereich EDV und Telekommunikation haben 1998 ihre Innovationsbudgets wieder deutlich erhöht und wendeten etwa 3,7 Milliarden Mark für Innovationsprojekte auf. Das entspricht einer Steigerung um mehr als zehn Prozent. Die Unternehmen rechneten auch für das Jahr 1999 mit einer weiteren Zunahme. Der Verlauf der Innovationsaufwendungen spiegelt dabei die vorteilhafte Situation der Unternehmen wider: Die Umsatzentwicklung in diesen Wirtschaftszweigen übertrifft sogar das Wachstum der Innovationsaufwendungen, sodass der Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz über die Zeit tendenziell abnimmt.
Günther Ebling, ebling@zew.de

Gesamtbeschäftigung in Österreichs privatem Sektor steigt

Veränderung des Beschäftigungsbestands vom 31.12.1994 bis 31.12.1997 nach Sektoren *

	Gesamtveränderung	durch Marktein- und -austritte	durch Veränd. im Bestand
Produz. Gewerbe	-4,31	-0,52	-3,79
Distributionssektor	1,23	0,39	0,84
Dienstleistungen	8,90	3,56	5,34
Gesamtbeschäftigung im privaten Sektor	0,90	0,85	0,05

* Angaben in Prozent.

Quelle: Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger, ZEW-Berechnungen

Zwischen Ende 1994 und Ende 1997 ist in Österreich die Gesamtbeschäftigung im privaten Sektor um 0,9 Prozent gestiegen. Davon entfallen 0,85 Prozentpunkte auf den Saldo aus Marktein- und -austritten und lediglich 0,05 Prozentpunkte auf Veränderungen in bestehenden Betrieben. Die Betrachtung einzelner Sektoren ergibt ein uneinheitliches Bild. Im produzierenden Gewerbe verringert sich die Zahl der Beschäftigten im Untersuchungszeitraum um 4,3 Prozent, wovon 3,8 Prozent des Verlusts auf bestehende Betriebe entfällt. Im Distributions- und Dienstleistungssektor sind sowohl die Gesamtveränderung als auch die Einzelkomponenten positiv.
Matthias Almus, almus@zew.de



Arbeitsmarktpolitik

Ein Vorstandsvorsitzender eines Großkonzerns, der jährlich und seit geraumer Zeit rund 40 Milliarden Mark für ein bestimmtes Projekt ausgibt und nur vage Angaben über den Erfolg der verausgabten Mittel machen kann, sähe sich vermutlich mit einer Reihe unbequemer Fragen der Eigentümer des Unternehmens, wenn nicht sogar mit einer Aufkündigung seines Vertrags konfrontiert. In der staatlich organisierten aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP) ist das offenbar anders. Mehr noch: Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass ein genaues Hinterfragen der Effizienz der AAMP nicht sonderlich erwünscht ist. Wohlgemerkt: Es geht nicht darum, die AAMP gänzlich zur Disposition zu stellen und abzuschaffen, sondern herauszufinden, welche Maßnahmen für welche Personengruppen Erfolg versprechend sind.

Das mangelnde Interesse ist aus Sicht einiger Teilnehmer durchaus nachvollziehbar. Nicht nur entlasten die Teilnehmer an der AAMP die Statistik der offiziell registrierten Arbeitslosen, sondern die AAMP stellt für die Trägergesellschaft eine existenzsichernde, weil auskömmliche Geschäftsgrundlage und für viele Bedienstete der Arbeitsverwaltung den wesentlichen Inhalt ihrer Berufstätigkeit dar. Da können kritische Fragen nur lästig sein, selbst wenn die Steuer- und Beitragszahler ein vitales Interesse an einer Erfolgskontrolle der AAMP geltend machen.

Nun ist es nicht so, dass sich die zuständigen staatlichen Institutionen keinerlei Gedanken über die Effizienz der AAMP machen. Sie messen den „Erfolg“ vorzugsweise mit Hilfe von „Verbleibquoten“. Dabei wird ermittelt, wie viel Prozent der Teilnehmer an einzelnen Maßnahmen beispielsweise ein halbes Jahr nach deren Beendigung immer noch arbeitslos sind. Je geringer dieser Prozentsatz, desto größer ist angeblich der „Erfolg“. So einfach ist die Sache leider nicht.

Selbst einmal unterstellt, die nicht mehr als arbeitslos gemeldeten früheren Teilnehmer seien nunmehr beschäf-

tigt (anstatt außerhalb des Arbeitsmarktes), so besteht das Problem dieser „Erfolgskontrolle“ darin, dass unklar bleibt, ob ein Arbeitsloser nicht auch ohne AAMP einen Arbeitsplatz gefunden hätte. Mit anderen Worten: Es fehlt die Kontrollgruppe der Nichtteilnehmer. Dieses Erfordernis sollte eigentlich offenkundig sein: Ein Arzneimittelunternehmen, welches die Wirksamkeit eines neuen Medikaments ohne Kontrollgruppe „unter Beweis“ stellen wollte, hätte bei den Gesundheitsbehörden kaum eine Chance auf Zulassung des Medikaments. Bei der AAMP gelten diese Erkenntnisse hingegen wenig, obwohl das Kontrollgruppenproblem noch durch eine Selektion der Arbeitslosen verschärft wird. Denn möglicherweise sind es gerade qualifizierte Arbeitslose, die sich um eine Teilnahme an Maßnahmen der AAMP bemühen oder von der Arbeitsverwaltung dafür ausgewählt werden, sodass von daher gesehen der „Erfolg“ mit Hilfe von Verbleibquoten günstiger ausgewiesen wird, als er für die Mehrheit der Arbeitslosen tatsächlich ist.

Zur Konstruktion einer verlässlichen Kontrollgruppe gibt es ökonometrische Verfahren der Evaluationsforschung im Bereich der Arbeitsmarktökonomik. Dies ist nicht das Problem, sondern die unbefriedigende Datenlage ist es. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Dies ist so schwierig und aufwendig nun auch wieder nicht, denn die Bundesanstalt für Arbeit verfügt über einschlägige Grunddaten oder kann diese mit vertretbarem Kostenaufwand bereitstellen. Andere Länder – wie beispielsweise die Schweiz – sind hier bereits mit gutem Vorbild vorangegangen. Gewiss: Es stellt keine triviale kostenlose Aufgabe dar, die Datensätze adäquat aufzubereiten. Aber: Die Arbeitsmarktforschung steht bereit, die Untersuchungen dann durchzuführen. Wann nimmt die Bundesanstalt für Arbeit dieses Angebot an?

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher